

# Solidarität mit dem Protest der Flüchtlinge aus Blankenburg!

## Der Kampf geht weiter!

Vom 4. bis zum 31. Oktober befanden sich die Flüchtlinge des 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselagers Blankenburg im Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs wurden boykottiert. Die Streikenden fordern stattdessen die Auszahlung von Bargeld und das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Darüber hinaus wird eine angemessene und hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert. Grundsätzlich machen sich die BewohnerInnen für eine dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen nach spätestens 3 Monaten stark. Die meisten BewohnerInnen leben bereits seit über einem Jahr, viele 2 Jahre und länger in Blankenburg.

An dem Streik waren ca. 200 Menschen beteiligt, d. h. nahezu alle Flüchtlinge, die permanent im Lager leben. Am Montag Abend wurde auf der Vollversammlung der Bewohner und Bewohnerinnen der ZAAB Blankenburg und ihrer UnterstützerInnen beschlossen, den Streik vorerst auszusetzen.

Dieser Streik, der über 4 Wochen geführt wurde, ist in der Geschichte des Widerstands gegen die repressive Asylpolitik in Deutschland und die damit zusammenhängende Lagerunterbringung einmalig. Er war umso bemerkenswerter als er trotz massiver Einschüchterung durch den Leiter der ZAAB Oldenburg Herr Lüttgau, mit nächtlichen Wohnungsdurchsuchungen, verstärkten Botschaftsvorführungen und der Umverteilung aktiver Streikenden so lange und erfolgreich geführt wurde. Es wurde erreicht, dass eine breite Öffentlichkeit über diese Politik informiert wurde.

Nachdem die Flüchtlinge ihren Protest in Hannover in den Landtag gebracht haben, und sich auch in Oldenburg viele Verbände; Parteien und Gruppen gemeldet haben, soll mit der Aussetzung des Streiks die Möglichkeit geschaffen werden, die Zustände in der ZAAB Oldenburg konkret zu verändern, sowie die Unterbringung von Menschen in Lagern politisch zur Diskussion zu stellen.

Die Protestform des Streiks wird ausgesetzt, der Kampf für die Rechte wird in verschiedenen anderen Formen weitergeführt. Die Forderungen der Flüchtlinge werden in vielen weiteren Protestaktionen zum Ausdruck gebracht!

So wird heute, am Mittwoch, den 1.11.2006, in der konstituierenden Sitzung des Oldenburger Stadtrates (Weser-Ems-Halle) eine Resolution zur Unterstützung der Flüchtlinge eingebracht. Wir werden dort ab 18h präsent sein, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen!

Wir rufen alle Institutionen, Parteien, Verbände, Vereinigungen und Einzelpersonen auf jetzt gesellschaftlich und politisch Stellung zu beziehen. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die signalisierte Gesprächsbereitschaft ernst gemeint war oder nur als Mittel benutzt wurde, um die Beendigung des Streiks zu erreichen.

Kommt vorbei, solidarisiert euch mit den Forderungen der Flüchtlinge!

**Abschiebung stoppen! Lager dichtmachen!  
Gleiche Rechte für alle!**

### Protest braucht Unterstützung

Der Protest der Flüchtlinge für Würde und angemessene Lebensbedingungen erfordert nicht nur politische, sondern auch praktische Unterstützung. Denn es gilt: Proteste erfordern juristische Unterstützung von betroffenen AktivistInnen. Spenden sollten auf folgendes Konto überwiesen werden: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337, BLZ 280 501 00, LZ0, Verwendungszweck: Blankenburg. Wer mehr wissen möchte, kann sich unter [antira-ol@web.de](mailto:antira-ol@web.de) bzw. 0160/96857380 melden.



# Solidarität mit dem Protest der Flüchtlinge aus Blankenburg!

## Der Kampf geht weiter!

Vom 4. bis zum 31. Oktober befanden sich die Flüchtlinge des 7 Kilometer von Oldenburg entfernten Ein- und Ausreiselagers Blankenburg im Streik. Konkret heißt das: Sowohl das Kantinenessen als auch die 1 Euro-Jobs wurden boykottiert. Die Streikenden fordern stattdessen die Auszahlung von Bargeld und das Recht, ihre Nahrung selbstbestimmt zubereiten zu können. Darüber hinaus wird eine angemessene und hiesigen Standards angepasste Gesundheitsversorgung gefordert. Grundsätzlich machen sich die BewohnerInnen für eine dezentrale Unterbringung in eigenen Wohnungen nach spätestens 3 Monaten stark. Die meisten BewohnerInnen leben bereits seit über einem Jahr, viele 2 Jahre und länger in Blankenburg.

An dem Streik waren ca. 200 Menschen beteiligt, d. h. nahezu alle Flüchtlinge, die permanent im Lager leben. Am Montag Abend wurde auf der Vollversammlung der Bewohner und Bewohnerinnen der ZAAB Blankenburg und ihrer UnterstützerInnen beschlossen, den Streik vorerst auszusetzen.

Dieser Streik, der über 4 Wochen geführt wurde, ist in der Geschichte des Widerstands gegen die repressive Asylpolitik in Deutschland und die damit zusammenhängende Lagerunterbringung einmalig. Er war umso bemerkenswerter als er trotz massiver Einschüchterung durch den Leiter der ZAAB Oldenburg Herr Lüttgau, mit nächtlichen Wohnungsdurchsuchungen, verstärkten Botschaftsvorführungen und der Umverteilung aktiver Streikenden so lange und erfolgreich geführt wurde. Es wurde erreicht, dass eine breite Öffentlichkeit über diese Politik informiert wurde.

Nachdem die Flüchtlinge ihren Protest in Hannover in den Landtag gebracht haben, und sich auch in Oldenburg viele Verbände; Parteien und Gruppen gemeldet haben, soll mit der Aussetzung des Streiks die Möglichkeit geschaffen werden, die Zustände in der ZAAB Oldenburg konkret zu verändern, sowie die Unterbringung von Menschen in Lagern politisch zur Diskussion zu stellen.

Die Protestform des Streiks wird ausgesetzt, der Kampf für die Rechte wird in verschiedenen anderen Formen weitergeführt. Die Forderungen der Flüchtlinge werden in vielen weiteren Protestaktionen zum Ausdruck gebracht!

So wird heute, am Mittwoch, den 1.11.2006, in der konstituierenden Sitzung des Oldenburger Stadtrates (Weser-Ems-Halle) eine Resolution zur Unterstützung der Flüchtlinge eingebracht. Wir werden dort ab 18h präsent sein, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen!

Wir rufen alle Institutionen, Parteien, Verbände, Vereinigungen und Einzelpersonen auf jetzt gesellschaftlich und politisch Stellung zu beziehen. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob die signalisierte Gesprächsbereitschaft ernst gemeint war oder nur als Mittel benutzt wurde, um die Beendigung des Streiks zu erreichen.

Kommt vorbei, solidarisiert euch mit den Forderungen der Flüchtlinge!

**Abschiebung stoppen! Lager dichtmachen!  
Gleiche Rechte für alle!**

### Protest braucht Unterstützung

Der Protest der Flüchtlinge für Würde und angemessene Lebensbedingungen erfordert nicht nur politische, sondern auch praktische Unterstützung. Denn es gilt: Proteste erfordern juristische Unterstützung von betroffenen AktivistInnen. Spenden sollten auf folgendes Konto überwiesen werden: Arbeitskreis Dritte Welt e.V., Konto-Nr. 015 131 337, BLZ 280 501 00, LZ0, Verwendungszweck: Blankenburg. Wer mehr wissen möchte, kann sich unter [antira-ol@web.de](mailto:antira-ol@web.de) bzw. 0160/96857380 melden.

